

Blanker Hohn für Pflegende und BürgerInnen

## **Sondierungs-Blamage - Pflege-Notstand von CDU/CSU und SPD ignoriert**

Union und SPD haben am Freitagvormittag ihre Sondierungsgespräche abgeschlossen und ein 28-seitiges Ergebnispapier vorgelegt. Im nächsten Schritt zur Regierungsbildung müssen Union und SPD für die Aufnahme von offiziellen Koalitionsverhandlungen votieren.

Das Papier verspricht durch „Sofortmaßnahmen für eine bessere Personalausstattung“ die Arbeitsbedingungen und Bezahlung in der Pflege „sofort und spürbar“ zu verbessern. Für die stationäre Langzeitpflege sind 8.000 zusätzliche Stellen geplant. Was sich zunächst positiv anhört, ist beim genaueren Hinsehen lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein. Bei derzeit 13.600 Pflegeeinrichtungen in Deutschland wären es nur 0,58 zusätzliche Stellen pro Einrichtung. Aktuell besteht jedoch ein akuter Bedarf von 100.000 bis 150.000 zusätzlichen Pflegekräften. **Von einer „spürbaren“ Entlastung kann nicht die Rede sein!**

Bei der angedachten Einführung von Personaluntergrenzen für alle bettenführenden Abteilungen in Krankenhäusern fehlen uns die konkreten Zahlen. Zu befürchten sind lediglich Untergrenzen, die mehr an eine Notbesetzung als an eine qualitätsorientierte Versorgung erinnern. Es ist somit höchst fraglich, inwiefern die versprochen Entlastung „spürbar“ sein wird.

Kurz gesagt: Das GroKo-Papier ein „weiter so“ mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Die Lustlosigkeit der Politik ist auf jeder Seite des mutlosen Papiers deutlich zu spüren. Am Werk waren nicht die erhofften Revolutionäre, sondern die **Bewahrer des Status quo**.

Unser Fazit: die prekäre Situation in der Pflege wird weiterhin von der Politik ignoriert. Um die Lage „spürbar“ zu verbessern bedarf ein eindeutig weitreichender Maßnahmen.

Wenn sich **91 Prozent der professionell Pflegenden von der Politik im Stich gelassen** fühlen, so der gestern (16.01.2018) veröffentlichte CARE-Klima-Index 2017, dann ist das für Rolf Höfert, Geschäftsführer DPV e.V., eine Bestätigung für Jahre atonischer Pflegepolitik mit lediglich partikularen symptomlindernden Maßnahmen. Das aktuelle Taktieren vor der Bundestagswahl und die schleppend peinlichen Versuche eine neue Regierung zu finden, verzögern weiterhin dringende politische Entscheidungen. Die Versorgung der Bevölkerung in allen Leistungsbereichen der Pflege ist durch Personalmangel gefährdet. Für professionell Pflegenden ist das eine nicht mehr zu verantwortende Belastung.

.....

Deutscher Pflegeverband e.V.

Mittelstraße 1, 56564 Neuwied

Tel. 02631 - 83880

Fax 02631 - 838820

E-Mail: [info@dpv-online.de](mailto:info@dpv-online.de)

[www.dpv-online.de](http://www.dpv-online.de)

# PRESSEMELDUNG

17. Januar 2018



Wir fordern die Parteien dazu auf, die Defizite im Rahmen der Koalitionsverhandlungen zu beheben. Insbesondere verlangen wir:

- sofort 100.000 neue Stellen in der Pflege
- sofortige Anhebung der Gehälter um 10 Prozent
- Zügige Umsetzung des Pflegeberufereformgesetzes

Gut bezahlte Spitzenpolitiker, die unseren Schrei nach Veränderung nicht ernst nehmen und die Missstände ignorieren, erweisen unserem Land keinen Dienst: **Sie sind diejenigen, die die Hilfe verweigern.**

Es liegt an uns Einhalt zu gebieten, denn Pflege geht uns alle an.

**Wie wollen Sie gepflegt werden?** Diese Frage sollte sich jeder Bürger stellen, denn mit hoher Wahrscheinlichkeit werden Sie früher oder später mit Pflege konfrontiert werden, als direkt Betroffener oder als pflegender Angehöriger.

Deshalb werden Sie jetzt aktiv; unterstützen Sie uns und unsere Ziele.

Deutscher Pflegeverband DPV e.V.

.....

Deutscher Pflegeverband e.V.

Mittelstraße 1, 56564 Neuwied

Tel. 02631 -83880

Fax 02631 -838820

E-Mail: [info@dpv-online.de](mailto:info@dpv-online.de)

[www.dpv-online.de](http://www.dpv-online.de)